

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Sicherheit und Ordnung
am Dienstag, **12.05.2026**, 17:01 Uhr - 18:39 Uhr,
Festsaal, 1. Etage, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der Fraktion GRÜNE:

Andrea Blome, Michael Fiege, Dr. Katharina Foreman, Christopher Margraf Vertretung für Herrn Jonas Kipker, Martina Müller-Späth

von der CDU-Fraktion:

Jörn Brinkmann anwesend ab 18:33 Uhr, Vertreter für Carolin Schwarz, Alf Rüdiger Kaßenbrock, Stefan Leschniok, Sarah Quiskamp, Carolin Schwarz anwesend bis 18:33 Uhr, danach vertreten durch Jörn Brinkmann, David Sperling

von der SPD-Fraktion:

Philipp Hagemann, Katharina Köhnke Vertretung für Frau Sandra Beer

von der Fraktion Die Linke:

Sebastian Nahrwold

von der Fraktion Volt:

Marian Leifeld

von der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:

Frank Scholthaus Vertretung für Herrn Michael Drüppel

Sachkundige Einwohner/innen:

Jörg Berens, Lumanat Guseinova, Dr. Georgios Tsakalidis

von der Verwaltung:

Larissa Aldehoff, Dr. Daniel Baumkötter, Sarah Braun, Carsten Bußmann, Wolfgang Heuer, Mario Huslage, Carina Köhnsen, Wiebke Riemer, Detlef Sonntag, Norbert Vechtel, Gottfried Winkler-Scholz

für die Schriftführung:

Marie Weinelt

Es fehlte/n:

Jonas Kipker, Sandra Beer, Michael Drüppel

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Personal, Sicherheit und Ordnung am 12.05.2026

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|-----|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0163/2026</u>
V | 3. | Handlungsempfehlungen der Projektgruppe "Verbesserung des Überlebens nach Herz-Kreislauf-Stillstand" der Kommunalen Gesundheitskonferenz Münster |
| <u>V/0180/2026</u>
I | 4. | Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am Sonntag, den 30.08.2026 anlässlich des Nordrhein-Westfalen-Tages in Münster-Mitte, Altstadt |
| <u>V/0187/2026</u>
I | 5. | Maßnahmen gegen illegale Müllentsorgungen/Müllablagerungen im Stadtgebiet Münster |
| <u>V/0188/2026</u>
OB | 6. | Klimaneutrale Verwaltung: Treibhausgasbilanzen und CO2-Zielpfadanalysen. Ergebnisbericht für die Bilanzjahre 2021 und 2023 |
| <u>V/0230/2026</u>
I | 7. | Wirtschaftsplan 2026 der citeq |
| <u>V/0236/2026</u>
I | 8. | Ausbildungscampus
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD und Volt an den Rat Nr. A-R/0054/2022 „Pilotprojekt Ausbildungswerkstatt – Ausbildung im Konzern Stadt Münster stärken und Mitarbeitende entlasten“ |
| <u>V/0258/2026</u>
I | 9. | Gleichstellungsplan 2026 - 2029 |
| | 10. | Verschiedenes |

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17:01 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung**Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**

Keine Verpflichtungen.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Vechtel berichtete, dass die Zusammenarbeit mit den Firmen, welche für die Altkleidersammlung in Münster zuständig seien, verfahrenskonform verlaufe.

Auf Nachfrage des Gremiums zur korrekten Entsorgung verschlissener Kleidung, erklärte Herr Dr. Baumkötter, Betriebsleiter der awm, diese müssten im Restmüll entsorgt werden. Die awm werde die Bevölkerung weiterhin über die korrekte Entsorgung aufklären.

Die Verwaltung berichtete zum Verfahren mit dem Inhaber des Café Lomo: Das Verwaltungsgericht und der Kläger folgten der Verwaltung vollumfänglich. Der Kläger zog den Antrag bei Gericht zurück und möchte zukünftig im Gespräch mit der Verwaltung bleiben.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0163/2026****Handlungsempfehlungen der Projektgruppe "Verbesserung des Überlebens nach Herz-Kreislauf-Stillstand" der Kommunalen Gesundheitskonferenz Münster**

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0180/2026****Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am Sonntag, den 30.08.2026 anlässlich des Nordrhein-Westfalen-Tages in Münster-Mitte, Altstadt**

Die Vorlage wurde mit den Stimmen von der Fraktion GRÜNE, CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Die Linke, Fraktion Volt und Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP **einstimmig beschlossen**.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0187/2026****Maßnahmen gegen illegale Müllentsorgungen/Müllablagerungen im Stadtgebiet Münster**

Es lagen sowohl ein Beratungsverlauf als auch vier Änderungsanträge vor.

Die CDU-Fraktion stellte folgenden Änderungsantrag:

Streiche:

- ~~1. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der Begründung Ziffer 1. 8. Benannten Einzelmaßnahmen konsequent weiterzuentwickeln.~~

- ~~2. Die Bezirksvertretungen werden bei lokalen Maßnahmen rechtzeitig eingebunden. Auf Hinweise der Bezirke wird mit Schwerpunktaktionen reagiert.~~
- ~~3. Im Übrigen wird der Bericht der Verwaltung zur Kenntnis genommen.~~
- ~~4. Die Anträge A-R/0046/2024, A-N/0020/2024 und die Anregungen ABV/0002/2025, AnS/0004/2026 sind damit erledigt~~

Neu:

- 1. Um schneller effektive Maßnahmen gegen illegale Müllablagerungen auf privaten und öffentlichen Grundstücken zu entwickeln, richtet die Stadtverwaltung eine „Task-Force Müll“ zunächst für die Stadtteile Coerde, Kinderhaus und Berg Fidel ein.**

Hierbei werden die Stakeholder der AWM, die zuständigen Ämter (insbesondere Ordnungsamt und Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit), Vertreter der Wohnungsgesellschaften, Sprecher der Fraktionen im AUKB sowie die Bezirksvertretungen einbezogen.

Als Pilotgebiet wird das Wohnquartier der sog. „Schleife“ in Kinderhaus in Angriff genommen.

- 2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich beim Städtetag NRW und bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Gebühren für Ordnungswidrigkeiten rund um den Tatbestand „Vermüllung“ deutlich erhöht werden. Unabhängig davon wird der bestehende Gebührenrahmen des Landes NRW zukünftig von der Stadt Münster voll ausgeschöpft.**
- 3. Im Zuständigkeitsbereich des Ordnungsamtes wird beim Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) ein Arbeitsschwerpunkt bei der Überwachung des öffentlichen Raumes hinsichtlich illegaler Müllentsorgung sowie der Graffiti- und Aufkleberbeseitigung gebildet. Eine Umwidmung von anderen Stellen des Ordnungsamtes (z.B. in der Parkraumüberwachung) wird in diesem Zusammenhang geprüft.**
- 4. Im Bereich Josef-Beckmann-Straße sowie am Anfang der Straße Brüningheide wird an den bekannten illegalen Müllablageplätzen die Möglichkeit einer verstärkten Überwachung geprüft.**
- 5. Illegale Müllablagerungen werden bei Meldung innerhalb von zwei Werktagen durch die AWM beseitigt.**
- 6. Um die dargelegten Ausführungen zum Mängelmelder besser bewerten zu können, legt die Verwaltung zur ersten Sitzungskette nach der Sommerpause drei Angebote für eine eigenständige Mängelmelder-App den zuständigen Ausschüssen vor.**
- 7. Die Verwaltung berichtet in einem Zwischenbericht (Stichtag 30.09.2026) über den Bearbeitungsstand der Vorlagen A-R/0046/2024 (Sperrmüll-Ausstattungsplan) und AnS/0004/2026 (Präventivmaßnahmen). Bis dahin bleiben diese Agendapunkte offen.**

Der Vorsitzende beantragte, über den Änderungsantrag punktweise abzustimmen und ließ auf diese Weise abstimmen.

Der Ausschuss hat die Ziffer 1 des Änderungsantrags mit den Stimmen von Fraktion GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, DIE PARTEI/ÖDP gegen die Stimme der CDU-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Ausschuss hat die Ziffer 2 des Änderungsantrags mit den Stimmen von Fraktion GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, DIE PARTEI/ÖDP gegen die Stimme der CDU-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Ausschuss hat die Ziffer 3 des Änderungsantrags mit den Stimmen von Fraktion GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, DIE PARTEI/ÖDP gegen die Stimme der CDU-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Ausschuss hat die Ziffer 4 des Änderungsantrags mit den Stimmen von Fraktion GRÜNE, SPD, Volt, DIE PARTEI/ÖDP gegen die Stimme der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Ausschuss hat die Ziffer 5 des Änderungsantrags mit den Stimmen von Fraktion GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, DIE PARTEI/ÖDP gegen die Stimme der CDU-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Ausschuss hat die Ziffer 6 des Änderungsantrags mit den Stimmen von Fraktion GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, DIE PARTEI/ÖDP gegen die Stimme der CDU-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Ausschuss hat die Ziffer 7 des Änderungsantrags mit den Stimmen von Fraktion GRÜNE, SPD, Volt, Die Linke, DIE PARTEI/ÖDP gegen die Stimme der CDU-Fraktion **mehrheitlich abgelehnt**.

Der Ausschuss hat den Änderungsantrag **mehrheitlich abgelehnt**.

Die Fraktion GRÜNE/SPD-Fraktion/Fraktion Volt stellte folgenden Änderungsantrag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der Begründung Ziffer 1.-8. benannten Einzelmaßnahmen konsequent weiterzuentwickeln.

2. Die Bezirksvertretungen werden bei lokalen Maßnahmen rechtzeitig eingebunden. Auf Hinweise der Bezirke wird mit Schwerpunktaktionen reagiert.

3. Um schneller effektive Maßnahmen gegen illegale Müllablagerungen auf privaten und öffentlichen Grundstücken zu entwickeln, richtet die Stadtverwaltung eine „Task-Force Müll“ ein. Zur Fokussierung der Ressourcen wird hier als Pilotprojekt die sogenannte Schleife in Kinderhaus als erstes bearbeitet. Parallel zur Umsetzung der Maßnahmen in diesem Pilotprojekt erstellt die Verwaltung eine priorisierte Liste von weiteren Quartieren/Stadtteilen, die im Anschluss sukzessive bearbeitet werden.

Hierbei werden die Stakeholder der AWM, die zuständigen Ämter (insb. Ordnungsamt und Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit), Vertreter der Wohnungsgesellschaften und die Bezirksvertretungen einbezogen. Die Task-Force stellt eine zeitlich befristete Einsatzgruppe dar, die in der ersten Sitzungskette 2027 über die eingesetzten Res-

sources und Ergebnisse (Entwicklung der Fundzahlen und Wirksamkeit der Maßnahmen) berichtet.

Zur langfristigen Ursachen- statt reiner Symptombekämpfung werden die Informationskampagnen zur Aufklärung und zu den kostenlosen Entsorgungsmöglichkeiten der AWM gebündelt und weiter ausgebaut, um eine anhaltende Verbesserung der Situation zu erzielen. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, den „Mängelmelder Stadt Münster“ (z.B. in den städtischen Apps) zusätzlich zu bewerben.

4. Im Übrigen wird der Bericht der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

5. Die Anträge A-R/0046/2024, A-N/0020/2024 und die Anregungen ABV/0002/2025, AnS/0004/2026 sind damit erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Der Ausschuss hat den Änderungsantrag mit den Stimmen von der Fraktion GRÜNE, SPD-Fraktion, Fraktion Volt, CDU-Fraktion, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP, Fraktion Die Linke **einstimmig angenommen**.

Die CDU-Fraktion brachte für die FDP folgenden Änderungsantrag ein:

1a. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der Begründung Ziffer 1.-8. benannten Einzelmaßnahmen konsequent weiterzuentwickeln.

1b. Es wird folgende Ziffer hinzugefügt:

9. Die AWM prüfen den Einsatz von Kameras in den Fahrzeugen der Müllentsorgung, um illegale Müllablagerungen frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen. Als Vorbild dient hier ein Projekt der Stadt Hagen.

1c. Die Ziffer 5 wird wie folgt geändert:

5. Um dieser bekannten Problematik zu begegnen, werden derzeit die Abfallbehälter im gesamten Stadtgebiet sukzessive gegen Behälter mit einem größeren Volumen ausgetauscht. Dies geschieht aus Gründen der Wirtschaftlichkeit in erster Linie im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen. Aufgrund der großen Anzahl an Abfallbehältern erstreckt sich dieser Prozess über mehrere Jahre. Im Zuge dieser Maßnahme werden lediglich die vorhandenen Behälter getauscht und keine weiteren Stand-orte mit Abfallbehältern geschaffen, da die finanziellen und personellen Kapazitäten hierfür nicht ausreichen. **Bei der Ersatzbeschaffung von Müllbehältern wird geprüft, inwieweit diese so ausgestattet werden können, dass sie „smart“ sind und ihren Füllstand regelmäßig an die awm übermitteln können.**

Neue zusätzliche Standorte für Abfallbehälter entstehen lediglich in neuen Gebieten wie z.B. dem York- Quartier oder an der Oxford-Kaserne. Abfallbehälter werden durch das Amt 67 in öffentlichen Grünanlagen und an Spielplätzen installiert und grundsätzlich nicht im Verkehrsgrün, in Ausgleichs-flächen oder auf privaten Grundstücken. Erholungsgebiete, wie z.B. die Rieselfelder oder die Hohe Ward, sind keine öffentlichen Grünanlagen. Hier werden demnach auch keine Abfallbehälter installiert.

Grundsätzlich wird immer wieder durch Mitarbeitende der Grünflächenunterhaltung wie auch der awm festgestellt, dass auch bei vorhandenen Angeboten zur Abfallentsorgung der Müll oftmals nicht in den Behältern landet. Vielmehr werden immer wieder halbvolle Behälter geleert, während im näheren Umkreis eine Vermüllung festzustellen ist. Eine Erweiterung des Behälterangebotes geht also nicht zwangsläufig mit einer geringeren Vermüllung der öffentlichen Flächen einher.

Bereits jetzt stellen die awm in den Sommermonaten zusätzliche 240-l-Veranstaltungstonnen in stark genutzten Flächen auf. Zu nennen sind hierbei beispielsweise die Aaseewiesen sowie die hoch-frequentierten Bereiche des Kanals. Auch hier zeigen - die Erfahrungen, dass das zur Verfügung gestellte Volumen sowie die Leerungsfrequenz ausreichend sind, die Abfälle allerdings durch die Nutzer/-innen der Flächen nicht immer in die Behälter geworfen werden. Die awm räumen auch diese Abfälle mit ab.

2.-3. [Wie Vorlage]

Der Ausschuss hat den Änderungsantrag mit den Stimmen von der Fraktion GRÜNE, SPD-Fraktion, Fraktion Volt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP bei Enthaltung von Die Linke **mehrheitlich abgelehnt**.

Die Fraktion Die Linke stellte folgenden Änderungsantrag:

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der Begründung Ziffer 1.–8. benannten Einzelmaßnahmen konsequent weiterzuentwickeln. Bei Ziffer 7 wird die Strategie der gezielten Streuung von Informationen über die zivilrechtliche Haftung — insbesondere die 30-jährige Vollstreckungsfrist und die anteilige Elternhaftung Minderjähriger — als Abschreckungsinstrument in der ‚Täterzielgruppe‘ nicht weiterverfolgt. Stattdessen werden die präventiven Maßnahmen (Sensibilisierung, schnelle Entfernung, Ordnungspartnerschaft Graffiti) gestärkt und um jugendsozialarbeiterische und pädagogische Ansätze ergänzt — insbesondere Kooperationen mit der mobilen Jugendarbeit, legale Sprühflächen / Hall of Fame und Workshop-Angebote. Die Verwaltung berichtet hierzu in der ersten Sitzungskette 2027.

Der Ausschuss hat den Änderungsantrag mit den Stimmen von der Fraktion GRÜNE, SPD-Fraktion, Fraktion Volt, Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP, Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **mehrheitlich angenommen**.

Der Ausschuss beschloss bei Enthaltung der CDU-Fraktion **einstimmig** die Vorlage in folgender geänderter Fassung dem Hauptausschuss zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der Begründung Ziffer 1.–8. benannten Einzelmaßnahmen konsequent weiterzuentwickeln. Bei Ziffer 7 wird die Strategie der gezielten Streuung von Informationen über die zivilrechtliche Haftung - insbesondere die 30-jährige Vollstreckungsfrist und die anteilige Elternhaftung Minderjähriger - als Abschreckungsinstrument in der ‚Täterzielgruppe‘ nicht weiterverfolgt. Stattdessen werden die präventiven Maßnahmen (Sensibilisierung, schnelle Entfernung, Ordnungspartnerschaft Graffiti) gestärkt und um jugendsozialarbeiterische und pädagogische Ansätze ergänzt - insbesondere Kooperationen mit der mobilen Jugendarbeit, legale Sprühflächen /

Hall of Fame und Workshop-Angebote. Die Verwaltung berichtet hierzu in der ersten Sitzungskette 2027.

2. Die Bezirksvertretungen werden bei lokalen Maßnahmen rechtzeitig eingebunden. Auf Hinweise der Bezirke wird mit Schwerpunktaktionen reagiert.

3. Um schneller effektive Maßnahmen gegen illegale Müllablagerungen auf privaten und öffentlichen Grundstücken zu entwickeln, richtet die Stadtverwaltung eine „Task-Force Müll“ ein. Zur Fokussierung der Ressourcen wird hier als Pilotprojekt die sogenannte Schleife in Kinderhaus als erstes bearbeitet. Parallel zur Umsetzung der Maßnahmen in diesem Pilotprojekt erstellt die Verwaltung eine priorisierte Liste von weiteren Quartieren/Stadtteilen, die im Anschluss sukzessive bearbeitet werden.

Hierbei werden die Stakeholder der AWM, die zuständigen Ämter (insb. Ordnungsamt und Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit), Vertreter der Wohnungsgesellschaften und die Bezirksvertretungen einbezogen. Die Task-Force stellt eine zeitlich befristete Einsatzgruppe dar, die in der ersten Sitzungskette 2027 über die eingesetzten Ressourcen und Ergebnisse (Entwicklung der Fundzahlen und Wirksamkeit der Maßnahmen) berichtet.

Zur langfristigen Ursachen- statt reiner Symptombekämpfung werden die Informationskampagnen zur Aufklärung und zu den kostenlosen Entsorgungsmöglichkeiten der AWM gebündelt und weiter ausgebaut, um eine anhaltende Verbesserung der Situation zu erzielen. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, den „Mängelmelder Stadt Münster“ (z.B. in den städtischen Apps) zusätzlich zu bewerben.

4. Im Übrigen wird der Bericht der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

5. Die Anträge A-R/0046/2024, A-N/0020/2024 und die Anregungen ABV/0002/2025, AnS/0004/2026 sind damit erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Herr Heuer erklärte, dass die Verwaltung die Möglichkeit der Umsetzung des Änderungsantrages der Fraktion die Linke mit der Polizeibehörde abkläre.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0188/2026**

Klimaneutrale Verwaltung: Treibhausgasbilanzen und CO₂-Zielpfadanalysen. Ergebnisbericht für die Bilanzjahre 2021 und 2023

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0230/2026**

Wirtschaftsplan 2026 der citeq

Die Vorlage wurde mit den Stimmen von der Fraktion GRÜNE, CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Die Linke, Fraktion Volt und Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP **einstimmig beschlossen**.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0236/2026**

**Ausbildungscampus
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen/GAL,
SPD und Volt an den Rat Nr. A-R/0054/2022 „Pilot-
projekt Ausbildungswerkstatt – Ausbildung im
Konzern Stadt Münster stärken und Mitarbeitende
entlasten“**

Zum Ausbildungscampus wurde vor Ort berichtet. Die Präsentation ist der Niederschrift beige-fügt.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Um 18:33 Uhr verließ RF Carolin Schwarz die Sitzung. Ihr Stellvertreter Jörn Brinkman vertrat sie ab 18:33 Uhr.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0258/2026**

Gleichstellungsplan 2026 - 2029

Die Vorlage wurde mit den Stimmen von der Fraktion GRÜNE, CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Die Linke, Fraktion Volt und Ratsgruppe DIE PARTEI/ÖDP **einstimmig beschlossen**.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Das Gremium fragte nach dem Müllaufkommen und der Sicherheit während des 1. Mai-Feiertages und der O-Woche. Herr Vechtel beantwortet die Fragen und betonte, dass die Verwaltung eine positive Bilanz zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes ziehe.

Der Vorsitzende schloss die Sitzung um 18:39 Uhr.

Stefan Leschniok
Vorsitz

Marie Weinelt
Schriftführung